

Stellungnahme

des
Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
vom Mittwoch, dem 29. August 2001 (67. Sitzung)
zu

Antrag der Bundesregierung

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz auf mazedonischem Territorium zum Einsammeln und Zerstören der Waffen, die durch die ethnisch albanischen bewaffneten Gruppen freiwillig abgegeben werden

BT-Drucksache 14/06830

Der Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe empfiehlt dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der Fraktion der PDS die Annahme des Antrages.

Außerdem empfiehlt er mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktion der SPD, der Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen 2 Stimmen aus der Fraktion der SPD und der Stimme der Fraktion der PDS folgende Punkte:

Die Bundesregierung wird gebeten, im Rahmen der weiteren Beratungen darauf zu dringen,

- dass bei Überfällen auf schutzlose Zivilpersonen diesen der gebotene Schutz im Rahmen des Rechts auf bewaffnete Nothilfe nicht versagt wird,
- dass durch geeignete Maßnahmen dafür Sorge getragen wird, dass die Sicherheit der Zivilbevölkerung, insbesondere auch der zurückkehrenden Flüchtlinge, nach Beendigung des NATO-Mandats gewährleistet bleibt.

Christa Nickels
Vorsitzende

An den/die
Vorsitzende(n) folgender Ausschüsse:
Auswärtiger Ausschuss (ff)
Rechtsausschuss
Haushaltsausschuss
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union